

Politische Umschau.

Süderzerrückung in Sachsen.

Es ist augenblicklich eine Petition an den sächsischen Landtag im Umlauf, die die Aufhebung oder wenigstens Milderung des sächsischen Gesetzes, die Teilbarkeit des Grundeigentums betreffend, vom 30. November 1843 betrifft...

Nach dem Gesetze, die Teilbarkeit des Grundeigentums betr., darf von Rittersgütern sowie sonstigen Gütern und Wirtschaften auf einmal oder nach und nach nur soviel abgetrennt werden, daß zwei Drittel der auf dem Grund und Boden dieser Grundstücke, ausschließlich der Gebäude, bei Erlaß des Gesetzes bestehenden Steuerleistungen bei dem Stammgrundstück verbleiben...

Die angeblichen Grenzregulierungen in Neu-Kamerun. Ueber die Aufsehen erregenden Mitteilungen über neue Grenzregulierungen in Neu-Kamerun erzählt die „Inf.“ auf Anfrage an zuständiger Stelle folgendes:

Es handelt sich bei den angeblichen neuen Grenzregulierungen in Neu-Kamerun nicht um eine neue Sache, sondern um eine innerhalb der Grenzen des Abkommens liegende und in dessen Ausführung erfolgende Maßnahme. Die deutsche Kommission zur Festlegung der Grenze wird mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet. Die endgültige Festlegung der Grenze wird sich ganz nach den Vorstufen richten, die auf Grund des Einverständnisses zwischen den Deutschen und der französischen Kommission den Regierungen unterbreitet werden...

Innerhalb dieser Zeit kann manche Abweichung von der jetzt nur vorläufig festgelegten Grenze nötig oder günstig erscheinen. Es ist nicht einzusehen, warum man etwaigen dahingehenden Vorschlägen der Kommission in solchen Fällen von vornherein ablehnend gegenüberstehen sollte...

Ein Duzend Legislaturperioden.

Mit der durch Kaiserliche Verordnung nunmehr erfolgten Auflösung des Reichstages hat letzterer das erste Duzend Legislaturperioden vollendet. Die erste begann am 3. März 1871 und endete durch Auflösung des Reichstages am 29. November 1873. Die Neuwahlen fanden am 10. Januar 1874 statt, und die zweite Legislaturperiode dauerte bis zu demselben Tage 1877. Ein vorzeitiges Ende wurde der dritten Periode bereitet, welche am 10. Januar 1877 begann, jedoch infolge der Meinungsverschiedenheiten über das Sozialistengesetz schon am 11. Juni 1878 geschlossen wurde...

Die jetzt gleichzeitig mit der Auflösung des Reichstages erfolgte Aufhebung der Neuwahlen auf den 12. Januar entspricht der Vorschrift des Artikels 25 der Reichsverfassung, wonach in jedem Falle innerhalb eines Zeitraumes von 60 Tagen die Neuwahl und binnen 90 Tagen der Zusammentritt des Reichstages stattfinden muß.

Bittschriften an das Kaiserliche Zivilkabinett.

Die Hauptarbeit des Zivilkabinetts besteht tatsächlich in der Erledigung von Bittschriften, die in einer von Außenstehenden ungeachteten Zahl an diese Behörde gelangen. Nicht minder zahlreich sind die Aufmerksamkeiten aller Art, die dem Kaiser zugewandt sind und vom Zivilkabinett erledigt werden müssen. Da es Grundgesetz ist, daß jede Bittschrift, jede Aufmerksamkeiten oder Geschenke eine entsprechende Beantwortung erfordert, so kann man sich etwa eine Vorstellung davon machen, welche Arbeit von dem Kabinett bewältigt werden muß...

Das besonders umfangreiche sind die Bittschriften, die wegen Pensionen, wegen Unterhaltungen oder wegen Erlangung von Stellen eingehen. Solche Bittschriften gehen erst von Leuten aus, denen man im gewöhnlichen Leben derartige Gefühle niemals zugetraut hätte. Namentlich die weiblichen Personen leisten hierin weitmas die meisten. Ihre Wünsche umfassen alle Gebiete der weiblichen Betätigung. Neben der Bitte um ein Geldstück mit dem Bildnis des Kaisers treffen Bittsteller ein, die nichts weniger als einen passenden Bräutigam in letzter Stellung im Dienste des Kaisers ersehen. Es scheint ein fremder Monarch zum Besuch in Berlin zu hagen es gerade Bittschriften, die an seine Adresse gerichtet sind. Eine ganze Anzahl Beamte wird allein mit dem Sichten und Durchlesen der Gesuche und Gesuchantworten beschäftigt. Die Gesuche werden meist nur gemacht, um mit dem Dankschreiben Bekanntschaft zu machen. Raun aus einem anderen Bedürfnis als dem der Bekanntschaft, hat wohl ein Fabrikant dem König Humbert eine Bringenmaschine geschickt, welche natürlich als Geschenk abgelehnt wurde. Mit solchen Geschenken machen sich selbst angelegene deutsche Fabrikanten lächerlich, indem sie dieselben hauptsächlich in der Hoffnung, Hoflieferanten zu werden oder Bestellungen zu erhalten, an Fürstlichkeiten senden.

Ein historisches Anekdote gibt es von Kaiser Wilhelm I., dem auch einst ein Fabrikant einen löblichen Brotat-Schlafrod als Geschenk zuschickte und darauf vom Hofmarschallamt die kurze, aber inhaltsschwere Antwort bekam: „Die Hohenzollern tragen keine Schlafstöcke.“

Die angeblichen Grenzregulierungen in Neu-Kamerun. Ueber die Aufsehen erregenden Mitteilungen über neue Grenzregulierungen in Neu-Kamerun erzählt die „Inf.“ auf Anfrage an zuständiger Stelle folgendes:

Es handelt sich bei den angeblichen neuen Grenzregulierungen in Neu-Kamerun nicht um eine neue Sache, sondern um eine innerhalb der Grenzen des Abkommens liegende und in dessen Ausführung erfolgende Maßnahme. Die deutsche Kommission zur Festlegung der Grenze wird mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet. Die endgültige Festlegung der Grenze wird sich ganz nach den Vorstufen richten, die auf Grund des Einverständnisses zwischen den Deutschen und der französischen Kommission den Regierungen unterbreitet werden...

Innerhalb dieser Zeit kann manche Abweichung von der jetzt nur vorläufig festgelegten Grenze nötig oder günstig erscheinen. Es ist nicht einzusehen, warum man etwaigen dahingehenden Vorschlägen der Kommission in solchen Fällen von vornherein ablehnend gegenüberstehen sollte...

Deutsches Reich.

Leipzig, 12. Dezember.

Aus dem 13. Reichstagswahlkreise. Dr. Henrici, der Kandidat der rechtsstehenden Parteien, sprach am 8. d. M. in einer überaus stark besuchten Versammlung in den „Drei Rösen“ in Kötha über: „Für wen und gegen wen wir kämpfen“ und am 9. d. M. in der „Papiermühle“ in Sibiritz über: „Der alte und der neue Reichstag“. Der Redner fand in Kötha die schärfste und einmütigste Zustimmung, und auch in Sibiritz vermochte die anwesende Sozialisten den lauten Beifall der Mehrheit nicht zu verhindern...

Das Invalidenrentenleben. Die Arbeitgeber der Ortskrankenkasse Leipzig schreiben uns: Der konservative Abgeordnete Spiehl hat in seiner Rede von Erwägungen gesprochen, die in Regierungskreisen gepflogen werden und die nichts weniger bezwecken, als das Invalidenrentenleben, von dem das Wohlwollen der Regierung die sächsischen Arbeiter bisher verstanden hat, auch bei uns einzuführen. Aber die Erwägungen gehören hat, die von den Arbeitgebern anderer deutscher Bundesstaaten wegen dieser Rentenlebens ausgeführt werden...

Vom Kaiserhofe. Aus dem Neuen Palais bei Potsdam, 11. Dezember, wird gemeldet: Heute mittag machte Fürst zu Schaumburg-Lippe nach seinem Regierungsantritt den Waldpark seinen offiziellen Besuch. Am Bahnhof Waldpark hatten eine Ehrenkompanie des Gardejägerbataillons mit Fahnen und Musik Aufstellung genommen. Der Kaiser und der Fürst begaben sich in Automobilen nach dem Neuen Palais. Zum Ehrenbesuch bei dem Fürsten wurde Major Eder Herr und Freiherr v. Ploß vom Leibgardejägerregiment kommandiert.

Zur Verlobung im sächsischen Königshaus. Wie schon gemeldet, hat sich Prinz Georg von Bayern mit der Erzherzogin Isabella, Tochter des Erzherzogs Friedrich von Oesterreich, verlobt. Prinz Georg, Sohn des Kaisers, wurde geboren am 2. April 1889. Er steht als Rittmeister à la suite beim 1. Schwere Reiter-Regiment Prinz Karl von Bayern und beim 11. mährischen Dragoner-Regiment Kaiser Franz Josef. Außerdem ist er Großprior des St. Georgs-Ordens und u. a. Ritter des bayerischen St. Hubertus- und des österreichischen Ordens vom Goldenen Haken. — Erzherzogin Isabella Maria Theresia Christine Eugenie wurde geboren zu Preßburg am 17. November 1888. Ihr Vater, Erzherzog Friedrich, Herzog von Teschen, stammt aus einer Nebenlinie des österreichischen Kaiserhauses, die auf den zweiten Sohn Kaiser Leopolds (1790—1792), Erzherzog Ferdinand, Großherzog von Toskana, zurückgeht. Erzherzog Friedrich ist Ferdinands Urenkel.

Der sächsische Gesandte bei dem Prinzen von Bayern. Aus München, 11. Dezember, wird gemeldet: Der Prinzregent empfing gestern den sächsischen Gesandten Herrn v. Trifflin in Audienz, welcher ein Handbillet des Königs und dessen

Glückwünsche, sowie das sächsische Dienstausscheidungszeugnis für 25jährige Dienstzeit überreichte aus Anlaß der gestern vor 25 Jahren erfolgten Einsetzung des Prinzregenten zum Inhaber des 3. sächsischen Infanterieregiments.

Der Verband der Ärzte Deutschlands schreibt in seiner Korrespondenz: Ueber die Jahresversammlung des Reichsverbandes Deutscher Ärzte vertritt das Wollfische Bureau einen Bericht, in welchem namentlich die Gegner dieses Verbandes gegen die großen Ärzteorganisationen hervorgehoben wird. Die Kundgebungen des Reichsverbandes sind schon deshalb bedeutungslos, weil dieser Verband noch nicht einmal 100 Mitglieder zählt. Demgegenüber ist die deutsche Ärzteschaft organisiert im Deutschen Ärztevereinsbund, welcher in 410 Vereinen rund 25 000 Mitglieder umfaßt, sowie in dem mehr als 24000 Ärzte umfassenden Leipziger Ärzte-Verband, der unter anderem die Aufgabe hat, die Beschlässe des Ärztevereinsbundes in die Tat umzusetzen. Ueber die in welchem namengebenden Kampf dieses Verbandes gegen die großen Ärzteorganisationen hervorgehoben wird. Die Kundgebungen des Reichsverbandes sind schon deshalb bedeutungslos, weil dieser Verband noch nicht einmal 100 Mitglieder zählt. Demgegenüber ist die deutsche Ärzteschaft organisiert im Deutschen Ärztevereinsbund, welcher in 410 Vereinen rund 25 000 Mitglieder umfaßt, sowie in dem mehr als 24000 Ärzte umfassenden Leipziger Ärzte-Verband, der unter anderem die Aufgabe hat, die Beschlässe des Ärztevereinsbundes in die Tat umzusetzen.

Zum Hausarbeitsgesetz. Das Institut für Internationalen Austausch fortschrittlicher Erfahrungen (Paris) hat eine Studie von Prof. Dr. Broda über die Frage der Lohnämter für die Hausindustrie veröffentlicht. Die Schrift führt den Titel: „Zusammenhang zwischen der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Hausindustrie Englands, Kanadas und Australiens“, und weist nach, wie erfolgreich die englischen und australischen Lohnämter wirken und wie sie durch ihre Minimallohnfestsetzungen das Elend der Heimarbeit beseitigt haben.

Gebührenberechnung im deutsch-österreichischen Fernsprechverkehr. Wie verlautet, können zwischen der deutschen und österreichischen Fernsprechverwaltung gegenwärtig Verhandlungen über eine Ermäßigung der Gebühren im deutsch-österreichischen Fernsprechverkehr statt. Ob die Verhandlungen zu einem annehmbaren Ergebnis führen werden, läßt sich noch nicht übersehen.

Marineschulen. Im Jahre 1901 gab es im Reich die Marine drei Schulen, die Marineschule in Kiel, die Defoschierschule in Wilhelmshaven und die Marine-Telegraphenschule in Vöhring. In den letzten zehn Jahren haben einerseits der Ausbau der Flotte und zum anderen die gemaltigen Fortschritte auf dem Gebiete der Technik eine Vermehrung der Bildungsanstalten nötig gemacht. Der Defoschierschule wurde im Jahre 1901 eine Zergenteurische angegliedert. In Verbindung mit der Verlegung der Artilleriehochschule nach Sonderburg wurde dort eine besondere Schiffsartilleriehochschule errichtet, die der Heranziehung eines tüchtigen Artilleriepersonals dient. Im vorigen Jahre wurde die zur wissenschaftlichen Fortbildung der Fähnriche zur See dienende Marineschule von Kiel nach Altona an der Flensburger Förde verlegt. Zur gründlichen Ausbildung der Unterboots-Beauftragten trat, ebenfalls im vorigen Jahre, in Kiel eine Unterbootschule ins Leben. Im Bau befindet sich gegenwärtig in Kiel eine zweite Zergenteurische und Defoschierschule, da die jetzt vorhandene bei dem wachsenden Bedarf an Ingenieuren und Defoschierern nicht ausreicht. In absehbarer Zeit ist auch eine Verlegung der Marine-Telegraphenschule nach Rügen zu erwarten. So hat neben einer Erweiterung der vorhandenen Schulen eine Neugründung von drei Ausbildungsanstalten stattgefunden. Diese planmäßige Arbeit der Marine, die Fürsorge für die allgemeine berufliche Fortbildung und die Ausbildung in Spezialfächern haben sich gut bewährt und sichern der Marine allseitig ein gutausgebildetes und geschultes Personal.

Anhebung des deutschen Marineoffiziers in Yokohama. Der Marineoberstabsarzt Dr. Schulz, der Chefarzt des deutschen Marinehospital in Yokohama, ist mit Ablauf des Jahres heimbeordert worden und wird demnächst heimkehren. Diese Maßnahme steht im Zusammenhang mit der Aufhebung des deutschen Marinehospital in Yokohama, die jüngst durch den Staatssekretär des Reichsmarineamts Großadmiral von Tirpitz verfügt worden ist. Die Aufhebung tritt am 1. Januar 1912 in Kraft und erfolgt, weil seit Bestehen des großen Marinehospital in Yngtau ein Bedürfnis dafür nicht mehr vorhanden ist. In der Budgetkommission des Reichstages wurde bereits mehrfach angeregt, das Marinehospital völlig aufzuheben. Der Staatssekretär des Reichsmarineamts vertrat, in Erwägungen über diese Reichstagsantragungen einzutreten. Diese Erwägungen haben jetzt zu dem oben erwähnten Beschluß geführt, der in Japan vielfach bedauert wird, weil sich das Marinehospital großer Beliebtheit erfreute. Es besteht jetzt 33 Jahre, denn es trat bereits im Jahre 1878 in Wirksamkeit.

Fernsprechverkehr am Tage der Reichstagswahlen. Ueber die Dienstbereitschaft am Tage der Reichstagswahlen hat das Reichspostamt die Postanstalten soeben mit Anweisung versehen. Danach müssen sämtliche Telegraphenanstalten sowohl am Tage der Wahlen als auch am Tage der Ermittlung des endgültigen Wahlergebnisses mindestens bis 10 Uhr abends, erforderlichenfalls so lange bis die Wahltelegrame abtelegraphiert worden sind, im Dienste bleiben. Dies gilt auch für den auf den Wahltag oder auf den Tag der Ermittlung folgenden Tag, solange die Wahltelegrame noch nicht aufgeschickt oder befördert werden konnten. Sofern ein Bedürfnis hierfür vorliegt, ist auch der Fernsprechdienst an den bezeichneten Tagen in erweitertem Umfang abzuhalten.

Reichstagswahlvorbereitungen. Im Wahlkreis Danzig hat der Nationalliberale Verein für Danzig beschlossen für den Kandidaten der Fortschrittlichen Volkspartei Weinhausen einzutreten. — Für den Wahlkreis Gschweil wurde vom Liberalen Verein der Roter Mann in Eschheim als unabhängiger-liberaler Kandidat aufgestellt. — In Elbing-Wallenberg hat die Zentrumspartei beschlossen, den Braß Kühner als eigenen Kandidaten aufzustellen. — Der bisherige Reichstagsabgeordnete Freiherr v. Hegg hat die nationalliberale Kandidatur für den Wahlkreis Worms-Hennchen angenommen, nachdem die Beträuungsmännerversammlung der Nationalliberalen Partei in Worms ihn wiederum einstimmig als Kandidaten aufgestellt hatte.

Ausland. Oesterreich-Ungarn. Eine Protestversammlung gegen die Vertagung des Generalparlamentes in Wien fand am Sonntag in Lemburg statt. Nach Schluß der Versammlung

lung zerstreute sich das Gros der Teilnehmer. Der Rest, aus Studenten bestehend, zog zum Wladimir-Denkmal, wo Ansprachen gehalten und politische Reden gehalten wurden. Als die Demonstranten anstehend zum russischen Konsulatsgebäude zogen wollten, trat ihnen Polizei entgegen. Es kam zu Zusammenstößen, bei denen es auf beiden Seiten Verletzungen gab; mehrere Verletzungen wurden vorgenommen. Inzwischen fing eine kleine Gruppe junger Leute an, das Gebäude des russischen Konsulats mit Steinen zu bewerfen. Die Polizei schritt sofort ein und trieb die Menge auseinander. Das Konsulatsgebäude blieb unversehrt, nur eine Fensterscheibe in der Wohnung des Hauseigentümers wurde eingeschlagen. Am Abend herrschte vollkommene Ruhe.

Frankreich. Der Projekt gegen die Offiziere der „Liberte“. Nach einer Meldung aus Toulon ist die Zeugenschaft in dem Projekt gegen die Offiziere, die wegen der Katastrophe auf der „Liberte“ in Anklagezustand versetzt worden sind, einigermassen fertiggestellt. Es werden im ganzen 34 Personen betraffen werden, unter denen sich auch die Admirale Bellue und Gajard befinden.

Der Oberbefehl in der Marine. Im Verlaufe der Diskussion über das Marinebudget erklärte Poincaré, es bestiehe keine Organisation des Oberbefehls in der Marine. Marineminister Delcassé erwiderte: Als Höchstkommandierende der gesamten Seestreitkräfte sind ab jetzt die Oberbefehlshaber der drei Mittelmeerdivisionen bestimmt, das dritte Geschwader würde sich in dem einen Falle, der uns beschäftigt, unterrichten mit beiden Geschwadern vereinigen. In Brantmontung mehrerer Anfragen, in denen der Wunsch ausgedrückt wird, daß die Geschwader nach Norden gingen, erklärte Delcassé: Die Geschwader müssen dahin gehen, wohin sie durch die Erfordernisse der Ausbildung und Verteidigung berufen werden. Der Ort kann ebenbürtig der Norden wie das Mittelindische Meer sein. Wenn unsere Absichten nicht durchkreuzt werden, finden die nächsten großen Manöver im Norden statt.

Die Kretelstraße. Wie aus Candia gemeldet wird, haben die jenseitigen Kanulen alle Schiffsbauern aufgefordert, auf keinen Fall einen freizügigen Abgeordneten die Fahrt nach Griechenland auf diesen Schiffen zu gestatten. Die Schiffe müssen eine genaue Liste ihrer Passagiere anfertigen, die die Reise nach Griechenland anzuzeigen sollen und diese vor ihrer Abfahrt dem Kanulen zur Einsicht vorlegen. Ein französischer und ein englischer Kreuzer sind im Hafen von Candia vor Anker gegangen, um bei eventuellen Unruhen sofort einschreiten zu können.

Venezuela. Castro rüht sich. Der Dampfer „Guadalupe“ ist am Sonntag aus Columbia in Venezuela mit 612 Passagieren an Bord in Nordsee angekommen. Der Kapitän des Schiffes erzählt, daß Präsident Castro an der Grenze von Columbia eine große Anzahl seiner Anhänger um sich gesammelt habe und von neuem den Versuch unternommen wolle, in Venezuela einzudringen, um die Herrschaft wieder an sich zu reißen. In der Hauptstadt Caracas, berichtet über die Abicht Castros große Erregung. Die Regierung von Venezuela hat beschlossen, Castro 5000 Mann Truppen entgegenzustellen und ihn nach zum Kampfe zu zwingen, bevor er in Venezuela eingetroffen ist.

Sächsischer Landtag.

Zweite Kammer. (1) Dresden, 11. Dezember.

Die Zweite Kammer erledigte heute in einer Dauer Sitzung, die sich bis in die späten Abendstunden hinzog, eine größere Anzahl Etatkapitel, sowie die drei Interpellationen von konservativer, nationalliberaler und sozialdemokratischer Seite betr. den Schutz der Arbeitswilligen, den Terrorismus der sozialdemokratischen Gewerkschaften und Verbände und die Sicherstellung des Arbeitsrechtes.

Zunächst stand die namentliche Abstimmung über den Antrag des Abg. Merkel und Gen. betr. die Zurückverweisung der Kap. 25 und 26 des ordentlichen Etats über die Berginsung der Staats- und Finanzhauptausgaben, sowie die Tilgung von Staatsschulden auf der Tagesordnung. Da der Abg. Merkel seinen Antrag zurückgezogen hatte, stimmte die Kammer dem Kap. 25 und 26 einstimmig und ohne Debatte zu.

Der Sitzung wohnten der Staatsminister Graf Bismarck von Eckardt und von Seydewitz, die Ministerialdirektoren Dr. Köster und Dr. Schröder und eine Anzahl Kommissare bei. Ueber den mit den Fürstentümern Reuß älterer Linie und Reuß jüngerer Linie abgeschlossenen Staatsvertrag betr. den Anschluß an das sächsische Obergericht referierte der Abg. Bradau (Fortf. Bpt.). Die Kammer stimmte dem Gesuchentwurf mit der Maßgabe zu, daß die in Artikel 9 Absatz 1 bestimmte Vertragsdauer von 20 auf 15 Jahre herabgesetzt wird.

Weiter erledigte die Kammer Kap. 36 des ordentlichen Etats betr. die Oberrechnungs-

SUZUKI REVUE Feinste 4 Pf. Cigarette

MERAN klimatischer Kurort in Südtirol. Saison September—Juni. Frequenz 1910/11 30 836 Kurgäste. Städt. Kur- und Badeanstalt: Zanderaal, Kaltwasseranstalt: Kohlensäure- und alle medikament. Bäder, Schwimmbad, Inhalationstraben, Mineralwasser-Kuren, Terrainen, Freiluftkuren. Kaminisation, 4 Hochquellenluzenzen. Theater, Sportplatz, Konzerte. 20 Hotels I. Ranges, Sanatorien, zahlreiche Pensionen und Fremden-Villen. Prospekte gratis durch die Kurverwaltung. Den in den westlichen Bezirken verbreiteten Exemplaren vorliegender Nummer ist ein Prospekt der Firma Wey & Gölitz beigelegt, auf den wir unsere Leser hierdurch besonders aufmerksam machen.